

Mai zeitung 2025

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



(Foto: ver.di)

Widerstandskraft durch Zusammenhalt

Die weltweiten Krisen eskalieren: Narzisstische Autokraten zelebrieren sich und ihre neoliberal-egozentrische Ideologie und treten mit Füßen, was über Jahrzehnte hinweg hart errungen wurde: Demokratie, Sozialstaat und Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Umweltschutz, Menschenrecht und das hohe Gut des Völkerrechts. Reaktionäre Politik der Ausbeutung von Mensch und Natur und die Bereicherung auf Kosten der Schwachen dominieren die Weltpolitik. Klimakatastrophen, Verarmung, Flucht und Kriegsgebaren sind die Folgen. Reaktion darauf sind – auch in Europa – Abschottung und Aufrüstung.

Das, was durch Trump, Putin und andere Machthaber auf der großen Weltbühne passiert, ist fern und nah zugleich und hat mit uns zu tun. Alles hängt mit allem zusammen. Was im Großen geschieht, ist Teil von uns. Wir sind wirtschaftlich, gesellschaftlich verstrickt – ja verhaftet – darin. Und es färbt ab: Manches – wenn auch noch abgeschwächt – spiegelt sich auch hier bei uns im vermeintlich „Kleinen“ wider: Verrohung, Soziale Schiefen, Unterfinanzierung der Kommunen, Investitionsstau in der Infrastruktur, Sozialabbau, Normalisierung des Rechtsextremen. All das findet Ausdruck im alltäglichen Leben und Ausdruck in den jüngsten Wahlergebnissen.

Widerstand als Antwort

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

(Schwur von Buchenwald)

Der „Schwur von Buchenwald“ – er entstand am 19. April 1945 als Appell zum Totengedenken der ermordeten Häftlinge im KZ Buchenwald und seinen Außenlagern und ist Antwort der KZ-Überlebenden auf die beispiellosen Verbrechen an der Menschlichkeit durch den Nationalsozialismus. Drei Sätze, die sich in ihrer Klarheit und Entschlossenheit einbrennen als lebendige Mahnung. Sie buchstabieren solidarischen Widerstand unter widrigsten Verhältnissen. Ausgesprochen von

geschundenen Menschen, die sich aller Folter und Entwürdigung entgegen als Kollektiv nicht brechen ließen, sondern durch Widerstand überlebten: Der Entmenschlichung zuwider, in solidarischem Schulterschluss, standhaft inmitten der Todesmaschinerie: Durch den Aufbau von Zirkeln, durch den Austausch von Wissen, durch solidarisch-widerständigen Zusammenhalt konnte manches Leben geschützt und gerettet werden und am Ende Befreiung geschehen.



„Widerstandskraft durch Zusammenhalt“ war das Thema des diesjährigen Neujahrsempfangs der Katholischen Betriebsseelsorge Süd Hessen/Rhein-Main im Kulturzentrum DAS RIND. Starke Statements von engagierten Kolleg:innen im Einsatz für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit. Von rechts: „Caritasband“, Horst Gobrecht, (Gewerkschaftler und Antifaschist), Justyna Oblacewicz, (DGB-Beratungsstelle Faire Mobilität Ffm), Thomas Schmidt (Eh. Arbeiterpriester), Ingrid Reidt (Betriebsseelsorgerin).
Foto: Hans-Peter Greiner

Der Ausbeutung von Mensch und Natur zuwider!

Initiative Lieferkettengesetz kämpft weiter für den Schutz von Menschenrechten und Nachhaltigkeit in globalen Lieferketten.

Es ist und bleibt ein untragbarer, inakzeptabler Zustand: Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit, Arbeitsausbeutung und Umweltverschmutzung sind struktureller Bestandteil unseres globalen Wirtschaftssystems. Reichtum und Wohlstand der einen werden auf Kosten anderer und ärmerer Länder generiert. Wir alle sind im System verhaftet. Das verpflichtet zum Handeln gegen Ausbeutung von Mensch und Natur und für globale Gerechtigkeit. Die Initiative Lieferkettengesetz kämpft bundesweit, aber auch regional für strengere Gesetze zugunsten der Benachteiligten. Und es bleibt ein Kampf. Nach hartem Ringen und beispiellosem Gebaren der FDP bei der Frage der deutschen Zustimmung hat im Juni 2024 das EU-Parlament ein EU-Lieferkettengesetz beschlossen. Doch statt zügiger Umsetzung wird – trotz klarer Befürwortung des Gesetzes auch seitens großer Konzerne – von Lobbyisten in Wirtschaft und Politik die Verwässerung der EU-Lieferkettenrichtlinien und Verzögerung der Umsetzung betrieben. Das schreit nach Widerstand! Als Initiative Lieferkettengesetz im Kreis Groß-Gerau und in Hessen finden wir uns damit nicht ab. Wir lassen es nicht zu, dass strukturelle Missachtung von Menschenrecht und Umweltschutz in der Lieferkette, in der Baubranche, Leiharbeit, Transportwesen etc. der Normalzustand bleibt. Denn klar ist: In Zeiten autokratischer, rückwärtsgewandter, nationalistischer (Welt-)Politik braucht es ein klares Bekenntnis in Wirtschaft und Politik für globale Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

Der Ausbeutung zuwider – im Schulterschluss: <https://appell-lieferkettenrichtlinie.de>
Ingrid Reidt, kath. Betriebsseelsorgerin und Mitglied Initiative Lieferkettengesetz



Die Selbstbefreiung der Häftlinge aus dem KZ Buchenwald jährte sich in diesen Tagen zum 80sten Mal. Der Schwur der Opfer ist politisches Vermächtnis. Es mahnt uns heute – Jahrzehnte später – zum solidarischen Zusammenhalt und zum Widerstand: Zum Widerstand gegen jede Form autokratischen Gebarens, gegen Ausbeutung und Entwürdigung, gegen Gewalt und Rassismus, gegen die Normalität des Rechtsextremen, gegen jedes Wort und jede Tat der Erniedrigung. Wehret den Anfängen. Nie wieder ist jetzt.

Widerstand braucht Menschen – keine Helden.

Widerstand lebt durch Menschen mit Menschen für Menschen. Er ist solidarisch-politische Haltung und findet im profanen Alltag statt: In der Empathie für Mensch und Welt, in Solidarität und Verbundenheit. Er findet Ausdruck im Einsatz für eine gerechte, soziale Gesellschaft, für die faire Verteilung von Gütern, in der politischen Bildung, in der Gewalt-

prävention. Er äußert sich in der Arbeit für (sozialen) Frieden, die die gewaltfreie Verständigung sucht und die, statt zu beleidigen, konstruktiv streitet.

In Zeiten vielfältiger Herausforderungen und großer Transformationen potenziert sich die Gefahr autokratischer und rechtsextremer Gewalt, wenn Superreiche sich politische Allianzen mit Despoten eingehen.

In genau diesen Zeiten – hier und jetzt – ist höchste Achtsamkeit geboten und kollektiver Widerstand aus der breiten Vielfalt der Bevölkerung unabdingbar für unser menschliches Zusammenleben: Zur Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit, für Meinungsfreiheit, Demokratie und Mitbestimmung und für die Ahndung da, wo Recht gebrochen, Würde verletzt wird.

Widerstand – ein Muss. Die Kraft liegt im solidarischen Schulterschluss.

**MACH DICH
STARK MIT UNS**



1. Mai-Kundgebung
Rüsselsheim – Löwenplatz - 10.30 Uhr

Heike Weber
(DGB-Region Süd Hessen)

Stefan Würzbach
(DGB Hessen-Thüringen)

Patrick Butsch
(VKL-Sprecher ver.di Stadt Rüsselsheim)

Ver.di-Jugend
(ver.di Stadt Rüsselsheim)

verschiedene Redner*innen
(VKL-Opel Rüsselsheim)

ab 13:00 Uhr: Mai-Feier im Naturfreundehaus Rüsselsheim
bei Getränken, Kaffee und Kuchen - Musik

V.i.S.d.P.: DGB-Ortsverband Rüsselsheim, c/o Bernd Schiffer, 65474 Bischofsheim

Kommunalverwaltung am Limit



Am Verlauf der aktuellen Tarifrunde für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen kann man gut erkennen, wie ernst die Arbeitgeber es mit der Wertschätzung für uns meinen: drei Verhandlungsrunden ohne Ergebnis, jetzt die Schlichtung - Ergebnis (bei Redaktionsschluss) noch offen. Dabei wäre ein für uns Beschäftigte gutes Ergebnis nicht nur wirtschaftlich notwendig, es wäre auch ein Signal der Wertschätzung für die rund 2,5 Millionen Menschen, die im öffentlichen Dienst „den Laden am Laufen“ halten.

Es wäre auch ein tolles Signal an die Beschäftigten der Stadt Rüsselsheim!

Schon länger arbeitet unsere Stadtverwaltung personell am Limit, konkret wurden über mehrere Jahre hinweg ca. 280 Stellen dauerhaft nicht besetzt und die direkten Auswirkungen sehen wir jetzt. Kolleg:innen reden nicht nur davon, dass sie überlastet sind, sie zeigen dies dem Arbeitgeber auch durch Überlastungsanzeigen an. Die Anzahl der Überlastungsanzeigen ist in den letzten beiden Jahren sprunghaft angestiegen und nimmt stetig zu. Ein Ende ist nicht in Sicht. Kolleg:innen werden krank durch Überlastung und fallen dann

auch aus oder sie verlassen die Stadtverwaltung ganz, weil sie bei anderen Arbeitgeber:innen bessere Arbeitsbedingungen vorfinden und/oder bessere Verdienstmöglichkeiten haben. Wir können es uns vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels jedoch nicht leisten, auch nur eine/n einzige/n Beschäftigte/n zu verlieren. Seit Jahren sagen wir Gewerkschafter:innen unserem Arbeitgeber, dass wir uns für die Zukunft gut aufstellen müssen, um die kommunalen Aufgaben bei einer stetig wachsenden Einwohnerschaft auch weiterhin verantwortungsvoll leisten zu können. Rüsselsheim hatte im Jahr 2003 rund 59.000 Einwohner:innen, im Jahr 2023 waren es bereits rund 67.600. Natürlich braucht es da mehr Beschäftigte in der Kommune, die sich um die zahlreichen und unterschiedlichen Belange der Bürger:innen kümmern: z.B. in den Stadtbüros, den Kitas, im Jugendamt, im Standesamt usw.

Ein funktionierender ÖD ist in diesen politisch instabilen Zeiten ein wichtiges Signal an die Bevölkerung, dass sie sich darauf verlassen können, dass „der Staat“ in der Lage ist, sich um ihre Anliegen zu kümmern. Er trägt mit dazu bei, dass das Vertrauen in die Demokratie erhalten bleibt.

Immer die gleiche Leier



Die Argumentation der Arbeitgeber ist immer die gleiche: Es ist kein Geld da. Das hören wir in der aktuellen Tarifrunde, das hören wir seit Jahrzehnten als Beschäftigte der Stadt Rüsselsheim. Gerade ist es im Rüsselsheimer Rathaus wieder besonders dramatisch, da eine hohe Rückzahlung von Gewerbesteuererinnahmen ins Haus steht und den Haushalt zum Erliegen zu bringen droht. Wer hat sich da verrechnet? Macht der Stadtkämmerer seine Hausaufgaben nicht? Eine „taskforce“ soll jetzt (schon wieder!)

Sparpotential ausfindig machen! Wo will man denn in Rüsselsheim noch sparen? Hier wird seit Jahren unter anderem auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten gespart. Prinzipiell kann man in der Kommunalverwaltung nicht sparen, denn die meisten Aufgaben sind gesetzliche Pflichtaufgaben und bilden die Struktur und das Gerüst für unser Gemeinwesen.

An dieser Stelle stehen alle (Kommunal-) politiker:innen in der Verantwortung, dafür zu sorgen,

dass öffentlicher Dienst auf allen Ebenen gelingt und Bürger:innen nicht das Vertrauen in einen funktionierenden demokratischen Staat verlieren.

Wir Gewerkschafter:innen fordern bessere Arbeitsbedingungen, endlich Entlastung durch Einstellung von mehr Personal und natürlich einen guten Tarifabschluss.

Ver.di Vertrauensleute bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim



Warnstreik in Rüsselsheim am 12. Februar 2025 (Foto: ver.di)

Ausreichend Betreuungsplätze für Grundschulkindern?



Nächstes Jahr ist es soweit, ab 2026 gilt der Rechtsanspruch - mehr Bildungschancen oder Aufbewahrung?

Ab 1. August 2026 müssten die Schulträger, so Kreis GG und Rüsselsheim, jedem Grundschulkind einen Betreuungsplatz garantieren, was beim derzeitigen Zustand der Schulen schlicht nicht umzusetzen wäre. Darum gilt das Recht zunächst nur für die Erstklässler:innen des Schuljahres 2026/27. In den darauffolgenden Schuljahren wird dies jeweils für die neu Eingeschulten umgesetzt und erst im Schuljahr 2030/31 wird das Recht auf Ganz-

tagsbetreuung dann für alle Grundschulklassen 1-4 gelten: An 5 Werktagen, 8 Stunden täglich auch in den Ferien, bis auf 4 Wochen Pause. Die Teilnahme bleibt freiwillig.

Der Bund hat es beschlossen, die Umsetzung liegt bei den Kommunen, finanziell abgesichert ist das Ganze nicht. Was von Land und Bund kommt, bleibt in Anbetracht der Aufgaben und klammer kommunaler Kassen ein Tropfen auf den heißen Stein.

Neben notwendiger baulicher Sanierungen und räumlicher Ausstattung der Schulen hapert es

vor allem an der Bereitstellung qualifizierten Personals. Zurzeit stellt sich die Situation der Ganztagsbetreuung als äußerst unübersichtlich und wenig geregelt dar, einheitliche Qualitätsrichtlinien gibt es nicht.

Personal kostet Geld und weil das nicht ausreicht, befinden sich Betreuungskräfte in unterschiedlichsten Beschäftigungsverhältnissen im Einsatz, manche werden von eingekauften Dienstleistern gestellt, andere über Fördervereine mit prekären Arbeitsverträgen. Das wird sich ändern müssen.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt nicht nur im Interesse der Eltern, auch für die Wirtschaft ist das ein wichtiger Faktor in Zeiten des Arbeitskräftemangels. Es darf aber nicht nur darum gehen, ausreichend Betreuungsplätze zu schaffen.

Lediglich einem Gesetz zu genügen würde den Anspruch, Kindern einen lebenswerten Raum für ihre Entwicklung in der Gemeinschaft schaffen zu wollen, völlig verfehlen. Im Interesse der Kinder, ihrer Eltern und unserer gesamten Gesellschaft muss das ursprüngliche Ziel, größere Bildungsgerechtigkeit und damit auch bessere Lebenschancen für Viele zu schaffen, wieder an erste Stelle rücken. Dazu braucht es nicht nur Quantität, sondern auch Qualität!

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beschreibt unter „Vorteile der Ganztagsbetreuung:

Im Mittelpunkt des Ausbaus der Ganztagsbetreuung stehen die Kinder. Sie nutzen gerne ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote, wenn diese kindgerecht gestaltet sind. Hier werden Freundschaften geschlossen, gemeinsam die Welt entdeckt, Neues erlebt und gelernt.

Ganztags ist Lebensraum. In modernen Ganztagsangeboten sind Kinder mitten in der Gesellschaft.

Kinder können im Ganztags gezielt gefördert werden. Es steht ausreichend Zeit zur Verfügung, damit sie auch außerhalb des Unterrichts Lernerfahrung sammeln können. So werden Bildungschancen eröffnet, die Benachteiligungen ausgleichen.

Familien brauchen angesichts vielfältiger Krisen und aktueller Herausforderungen mehr Unterstützung. Nur mit qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten für Kinder von 0 bis 10 Jahren kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt und unfreiwillige Teilzeitarbeit von Müttern und Vätern verringert werden.

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist ein zentrales Element zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Ohne verlässliche Kinderbetreuung verschärft sich das Fachkräfteproblem in allen Branchen.“

(BMFSFJ: *Betreuungslücke für Kinder im Grundschulalter schließen*, 4.12.24)

Dem wäre nichts hinzuzufügen außer dem Hinweis auf die katastrophale Unterfinanzierung der Kommunen, die im Bildungsbereich z.T. nicht einmal mehr ihren Pflichtaufgaben nachkommen können.

Man betrachte nur die Haushaltslage in Rüsselsheim. Man könnte fast glauben, das BMFSFJ beschreibt hier eine Utopie.

Karola Pruschke-Löw



(Foto: Karola Pruschke-Löw)

Grundschule Königstädten – Bedingungen für Ganztagsbetreuung

Kontakt

Ansprechpartner:innen

Patrick Butsch (ver.di)
06142-832333

Bernd Heyl (GEW)
06152-1877471

Hans-Peter Greiner (KAB)
06142-46798

Ingridt Reidt (Kath. Betriebsseelsorge)
06142-64104

Treffpunkt/Postadresse:

Haus der
Kath. Betriebsseelsorge
Weisenauer Straße 31,
65428 Rüsselsheim

Druck:

Druckerei Bode, Wiesbaden

Netzwerke für Geschlechtergerechtigkeit



Gemeindevorplatz Rüsselsheim: Spielerisch am Frauentag für ein ernstes Thema sensibilisieren. Altersarmut von Frauen hat strukturelle Ursachen.

Seit 2024 ist das Frauennetzwerk Rüsselsheim wieder aktiv. Seit Jahren ist die Kooperation von Akteurinnen zu frauenpolitischen Fragen in Rüsselsheim gute Tradition. Durch personelle Veränderungen und die Coronapandemie lag das Netzwerk zwischenzeitlich brach. Umso erfreulicher ist es nun, dass wir so viele Akteurinnen sind, wie nie zuvor. In einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Polarisierungen, in denen rechtspopulistische und antifeministische Kräfte den Fortschritt der Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit bedrohen, ist es dringend geboten, frauenpolitische und feministische Bündnisse auch auf kommunaler Ebene auf- und auszubauen. Unser feministisch geprägtes „Rüsselsheimer Frauennetzwerk“ versteht sich als politische Akteurin, die sich stark macht für eine geschlechtergerechte und demokratische Gesellschaft.

Auftaktveranstaltung des Netzwerks am 8. März

Eine der ersten gemeinsamen Aktionen war das „Fest der Begegnung“ zum Internationalen Frauentag. Ein gelungener Tag mit viel Austausch, Inspiration und Zusammensein. Unter anderem konnten die Frauen beim Lebenslaufspiel des „Südhessischen Bündnisses: Gemeinsam gegen die Altersarmut von Frauen“, sich spielerisch mit den Hürden, Chancen und Fallstricken weiblicher Erwerbsverläufe auseinandersetzen (siehe Foto). Dem Spiel liegen die Erkenntnisse des 1. Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung aus dem Jahr 2013 zu Grunde. In ihm werden die Faktoren aufgezeigt, die u.a. für die Einkommensungleichheit im Alter zwischen Männern und

Frauen (Gender Pension Gap) von 27 % verantwortlich sind.

Dieses Spiel zeigt auch, wie notwendig es ist, der Politik Beine zu machen. Denn noch immer fehlt es an wirksamen Maßnahmen gegen Entgeltungerechtigkeit. Die Umsetzung der EU Entgelttransparenzrichtlinie von 2023 in nationales Recht lässt noch immer auf sich warten, obwohl der Gesetzentwurf des BMFSFJ längst vorliegt. Dabei ist es längst klar, dass die Unterbewertung sogenannter Frauenberufe nicht nur das geringere Alterseinkommen verursacht, sondern auch ein Grund für den Fachkräftemangel in den weiblich dominierten Sorgeberufen darstellt.

Von der neuen Bundesregierung sind hier keine Heldentaten zu erwarten. Daher sind lokale und überregionale Bündnisse unverzichtbar, z.B. das „Rüsselsheimer Frauennetzwerk“ oder überregionale wie das „Südhessische Bündnis: Gemeinsam gegen die Altersarmut von Frauen“ oder das „Bündnis für geschlechtergerechte Arbeitsbewertung“.

*www.htw-Berlin.de Aufruf zur Gründung des Bündnisses für geschlechtergerechte Arbeitsbewertung

Kontakt Rüsselsheimer Frauenzentrum:
www.frauenzentrum.de; Mail:
C.groess@frauenzentrum.de

Johanna Becker,
Bildungsreferentin Ev. Dekanat
Groß-Gerau/Rüsselsheim

Elke Möller, Südhessisches
Bündnis gemeinsam gegen
Altersarmut von Frauen

Wir brauchen einen Narrativwechsel beim Thema Migration

Wer Wohlstand oder innere Sicherheit mit Asylrechtsverschärfungen gleichsetzt, befeuert Rassismus und bewirkt nur mehr Unsicherheit. Menschen, die ein Recht auf Schutz haben, werden zurückgewiesen, abgeschoben oder inhaftiert. ... Die sogenannten Lösungen gehen an den eigentlichen Problemen ... vorbei. Ängste in der Bevölkerung werden nicht genommen, sondern verstärkt. Am Ende verlieren wir alle: denn das Infragestellen oder Relativieren von Menschenrechten schwächt auf kurz oder lang die Rechte aller. Wir brauchen einen Narrativwechsel beim Thema Migration. ... Anstatt Ängste zu schüren, müssen das Asylrecht und rechtsstaatliche Grundsätze konsequent verteidigt werden. (AI-<https://www.amnesty.de/bundestagswahl-2025-forderungen-menschenrechte> 26.0325)

Wir leben durch und von der Zuwanderung. Wer in dieser Zeit die Rezepte der Vereinheitlichung propagiert, der Abwehr von Diversität bis zum Ausschluss ganzer Menschengruppen, der spielt mit unserer eigenen Zukunft. Die Liste der Wirtschaftsbereiche, die ohne zugewanderte Mitarbeiter:innen nicht mehr funktionsfähig wären, wird immer länger.

Und dann gibt es da den jungen Ingenieur, der im Masterstudium der Medizintechnik die Krankenkasse nicht mehr bezahlen kann. Ohne die positive Bescheinigung wird er exmatrikuliert. Ohne Studienplatz verfällt sein aufs Studium bezogenes Aufenthaltsrecht. Ebenso seine Arbeitserlaubnis. Damit wird er illegal in Deutschland.

Angeblich brauchen wir dringend Ingenieure. Aber alle bisherigen Versuche, eine entsprechende Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis – er hat den Bachelor-Abschluss – zu bekommen, sind bisher gescheitert. Ein wiederholt angefragter Gesprächskontakt mit der Ausländerbehörde läuft seit Wochen ins Leere.

In einem ganz aktuellen Gespräch mit ausländischen Studierenden in Rüsselsheim zum Thema Rassismus wurde im inoffiziellen Teil durchgängig von der Angst vor der Ausländerbehörde gesprochen, von den bürokratischen „Angstmonstern“, die bei jedem regelmäßig anstehenden Besuch dieser Behörde schlaflose Nächte bereiten.

Jochen Müller, Arbeitskreis Asyl

In Rüsselsheim aktiv: OMAS (und OPAs) gegen rechts

Im Mai 2024 hat sich auch in Rüsselsheim eine OMAS GEGEN RECHTS Gruppe gegründet. Gründe dafür waren die politische Situation in unserem Land und die wachsende Unzufriedenheit verbunden mit dem Anwachsen rechtspopulistischer Ansichten.

Vor der Bundestagswahl waren die Rüsselsheimer Omas und Opas an vier Samstagen in der Innenstadt unterwegs. Mit Plakaten, Flyern, aber auch Bollerwagen, Brausestäbchen und Marmeladengläschen wurde für die Wahl von demokratischen Parteien geworben.

Ein eintägiger Workshop zu Rassismus und rechter Propaganda, Teilnahme am Frauentag und bei der Menschenwürdekette, Netzwerkarbeit und Kooperationen

mit anderen Gruppen sind einige der Aktivitäten der Rüsselsheimer OMAS.

Für den Sommer sind die Teilnahmen beim Bel R! Festival und CSD Groß-Gerau geplant.

Eine Homepage ist im Aufbau.
Kontakt:
gegenrechtsrue.heim@gmail.com

OMAS GEGEN RECHTS IN DEUTSCHLAND Grundsätze

OMAS GEGEN RECHTS IN DEUTSCHLAND stehen für

- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- die Vielfalt der Kulturen
- Toleranz und respektvolles Miteinander

- einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt

OMAS GEGEN RECHTS IN DEUTSCHLAND widersetzen sich allen Formen von

- rechtspopulistischen und rechtsextremen Strömungen
- Ausgrenzung der Menschen mit Migrationshintergrund
- Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Verschwörungsideologien
- Stigmatisierung
- Hass, Hetze und Gewalt
- Anti-Feminismus

Soweit die bisher bekannten Grundsätze, die uns allesamt in unseren Haltungen und unserem Tun verbinden.

Veronika Greiner



Kritik am Sparkurs

Die GEW Hessen hat den Landeshaushalt für das Jahr 2025 scharf kritisiert. Durch Kürzungen und Sparmaßnahmen werden Fachkräftemangel und Investitionsstau im Bildungsbereich verschärft und die Qualität der Bildung verschlechtert.

Nach Einschätzung von Thilo Hartmann, dem Vorsitzenden der GEW Hessen, wird der im Hessischen Landtag beschlossene Haushalt den Herausforderungen im Bildungsbereich in keiner Weise gerecht. Ganz im Gegenteil würden die bereits bestehenden Probleme auf allen Ebenen verschärft: „Durch die Verschiebung der eigentlich beschlossenen Besoldungserhöhung stößt die Landesregierung die Beamt:innen im Landesdienst vor den Kopf. Damit erweist sich das Land als schlechter und unzuverlässiger Arbeitgeber für die Beschäftigten in Schulen und Hochschulen. Und die Kürzungen bei den kommunalen Zuweisungen be-

schneiden den Ausgabenspielraum von Landkreisen, Städten und Gemeinden für Investitionen in Schulen und Kitas. Das alles geht zu Lasten der jungen und von zukünftigen Generationen – Generationengerechtigkeit sieht wahrlich anders aus!“

Die GEW fordert die Landesregierung auf, den sich durch die gerade erfolgte Grundgesetzänderung ergebenden Spielraum konsequent für höhere Bildungsausgaben zu nutzen: „In jedem Wahlkampf werden höhere Bildungsausgaben versprochen – und dieses Versprechen wird dann regelmäßig gebrochen.“

Das Land Hessen hat durch die Änderung des Grundgesetzes einen höheren Ausgabenspielraum, der bei rund einer Milliarde Euro liegen wird. Diese Möglichkeit sollte genutzt werden, um mehr Geld für Kitas, Schulen und Hochschulen bereitzustellen. Und auch der auf Hessen entfal-

lende Anteil aus dem Sondervermögen für Infrastruktur sollte zu einem großen Teil in die Bildungsinfrastruktur fließen. Hier ist der Investitionsstau am größten.“

Wie brisant die Finanzlage vieler Kommunen ist, zeigt sich gerade in Rüsselsheim. Ein großer Steuerzahler – wer wohl? – bekommt 60 Millionen Euro Gewerbesteuer zurückgezahlt. Bürgermeister Burghard lässt jetzt von einer „Task Force“ ermitteln, „woran gespart werden kann“. Das heißt nichts Gutes. Statt entschlossen dafür einzutreten die Unterfinanzierung der Kommunen endlich durch ein gerechtes Steuersystem, das verlässlich Einnahmen geriert und durch eine bedarfsgerechte Zuweisung von Landes- und Bundesmitteln u. a. für die Bildung zu beseitigen, muss befürchtet werden, dass mal wieder an der falschen Stelle gespart wird.

Bernd Heyl



Terror des Krieges – Terror der Ökonomie



„Kriegsmüde – das ist“, so der österreichische Schriftsteller Karl Kraus 1924, „das dümmste von allen Worten, die die Zeit hat. Kriegsmüde sein, das heißt müde sein des Mordes, müde des Raubes, müde der Lüge, müde der Dummheit, müde des Hungers, müde der Krankheit, müde des Schmutzes, müde des Chaos. War man je zu all dem frisch und munter?“ Frisch und munter verkündete dagegen die damalige Außenministerin Annalena Baerbock, dass es keine Kriegsmüdigkeit geben dürfe, da wir ja Krieg gegen Russland führen, um es „zu ruinieren“.

Nach 1991 gab es die Hoffnung, dass – infolge der Auflösung des Warschauer Pakts – sich die kapitalistischen Staaten als friedensfähig erweisen könnten.

Mehr als 30 Jahre später, nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien, nach dem „Krieg gegen den Terror“ mit Stationen in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und Jemen, nach den Kriegen seit 2014 in der Ostukraine und dem russischen Krieg seit 2022 gegen die Ukraine, den Rohstoffkriegen und denen um ethische Dominanz in Afrika (inklusive Beteiligung ehemaliger Kolonialmächte) und Asien ist diese Hoffnung stark geschrumpft.

Was tun, um den wahrscheinlich noch einige Jahre dominierenden Kapitalismus friedensfähiger zu machen? Aufklärung, die sich

„Attac“ seit seiner Gründung vor gut einem Vierteljahrhundert auf die Fahnen geschrieben hat, ist das mindeste. Aufklärung z.B. darüber, dass in Deutschland die herrschende Politik seit 1992 auf eine auch militärisch führende Rolle (zumindest in Europa) und auf den Einsatz auch militärischer Mittel für die deutschen ökonomischen Interessen hinarbeitete.

Ein entscheidender Schritt dabei war die 2012/2013 erarbeitete Studie von SWP (Stiftung Wissenschaft und Politik) und GMF (The German Marshall Fund of the United States). Darin finden sich Formulierungen wie, dass Deutschland "auf einigen Gebieten sogar eine Führungsrolle einnehmen" soll und "Deutschland wird künftig auch öfter führen müssen." Und dies wurde in Redebeiträgen von Gauck (damals Bundespräsident), Steinmeier (Außenminister) und von der Leyen (Verteidigungsministerin) vor und auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Januar 2014 in politische Erklärungen umgesetzt.

Gauck geißelte die "militärische Zurückhaltung Deutschlands" als „Duckmäusertum“ und „Trittbrettfahrerei“ und folgerte wegen Deutschlands Vorteilen aus seiner überdurchschnittlichen Globalisierung, dass Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse sei, „dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.“ Dieses ökonomisch-

militärische Ordnungsgefüge ist die vom kapitalistischen Norden im Bündnis mit der Minderheit der Nutznießer im abhängigen Süden dominierte neoliberale Globalisierung, die von „attac“ von Beginn an angegangen wurde.

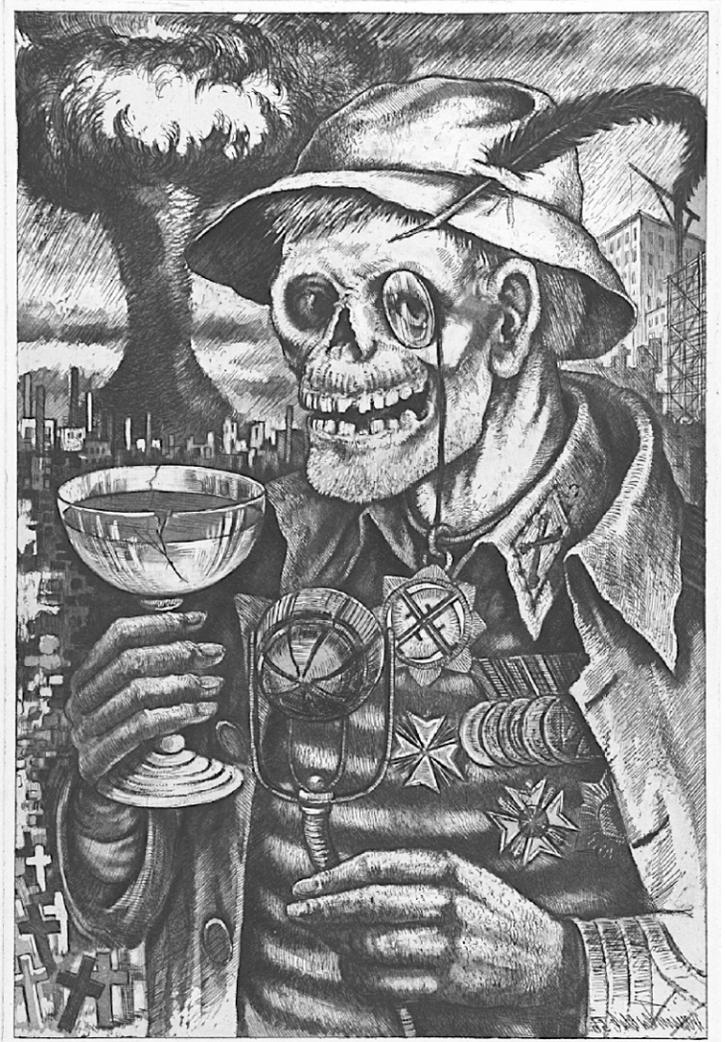
Klimakrise und Aufrüstung

Die wechselseitigen Zusammenhänge von Klimakrise, Aufrüstung und Kriegen sowie deren verheerende Folgen für Milliarden von Menschen sind bekannt. Aber auch die globalen Nutznießer: „Weniger als 100 000 Menschen, also 0,001 % der Weltbevölkerung, kontrollieren mehr als 30 % des weltweiten Finanzvermögens“ (Tax Justice Network), und die Nutznießer mit dem entsprechenden Einfluss hierzulande: insbesondere Rüstungskonzerne wie Rheinmetall, Airbus, Hensoldt, MTU, Diehl, Thyssen/Krupp, Kraus-Maffei&Wegmann, Heckler&Koch und ihre Zulieferer wie Siemens und MAN.

„Alternativen“ wie „Kanonen statt Butter“ aus den Zeiten vor und in den beiden Weltkriegen werden inzwischen wieder propagiert, solche wie Panzer statt umweltfreundlicher Mobilität umgesetzt. Attac fordert und fördert ein Bündnis aller Menschen, die sich diesen brandgefährlichen Entwicklungen entgegenstellen wollen.

Heinz-Jürgen Krug

**Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich
wie die Wolke den Regen**
(Jean Jaurès, frz. Sozialist, 1914, kurz vor seiner Ermordung)



Kralik - Krieger - 9956

Kralik

Grafik von Hans Kralik, mit freundlicher Genehmigung der Sammlung von Kunst für Frieden e.V.

STARK MIT UNS – Für Demokratie, Rechtsstaat und Menschlichkeit!



Wir sind erschüttert über die schreckliche Tat von Aschaffenburg, den Anschlag in Magdeburg und all die anderen Angriffe auf unsere freie Gesellschaft in der jüngsten Vergangenheit. Wir alle wollen in einer Gesellschaft leben, in der wir uns ohne Angst vor Terrorakten oder Amokläufen frei bewegen können. Und wir wünschen uns eine Gesellschaft, die sich nicht durch Rassismus und Rechtsextremismus spalten lässt. Gerade deshalb kommt es jetzt darauf an, umsetzbare und rechtsstaatliche Antworten auf Bedrohungen der freiheitlich demokratischen Gesellschaft zu finden.

Das Aushebeln des Rechtsstaats per Federstrich, wie jetzt von manchen gefordert, ist mit uns nicht zu machen. Grundrechte und europäisches Recht lassen sich nicht per Dekret beseitigen. Die dauerhafte Schließung der Grenzen, die grundsätzliche Zurückweisung von Asylsuchenden und die unbegrenzte Inhaftierung von Menschen ohne gerichtlich geprüften Straftatbestand sind Rechtsbrüche – sowohl national wie europäisch.

Das Recht auf Asyl und der Schutz von Geflüchteten sind für uns als Gewerkschaften nach wie vor zentrale Inhalte unserer Verfassung und internationaler Konventionen. Wir stellen sie auch dann

nicht zur Disposition, wenn sie von Einzelnen in schrecklicher Art und Weise missbraucht werden.

Die Unterstellung vom Staatsversagen ist verantwortungsloser Politikstil und unterstützt ein Zerrbild, das bisher nur die AfD verbreitet hat. Richtig ist aber: Unsere Behörden bei Polizei, Justiz und Ämtern, aber auch die zuständigen Stellen im Gesundheitssystem, im Bund wie in den Ländern, müssen personell und technisch so ausgestattet sein, dass sie angemessen und zeitnah Gefahren abwehren und schreckliche Taten aufklären können. Dafür braucht es entsprechende öffentliche Mittel. Nur darüber lassen sich die innere Sicherheit und ein friedliches Zusammenleben aller in diesem Land und in Europa auf Dauer garantieren.

Wer gegen Gewalttaten von traumatisierten und psychisch kranken Menschen wirklich etwas tun will, muss die psychologische Betreuung dieser Menschen egal welcher Nationalität nachhaltig verbessern und die staatlichen Stellen im Umgang mit ihnen stärken.

Wirkliche Lösungen in der Migrationsfrage gibt es nur auf europäischer Ebene und nicht mit nationalen Alleingängen – das gilt auch für die Grenzsicherung. EU-

Freizügigkeit und ungehinderter Warenverkehr ebenso wie das individuelle Recht auf Asyl sind Errungenschaften, die nicht durch populistische Schnellschüsse aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

Wer jetzt flächendeckende und dauerhafte Grenzkontrollen fordert, widerspricht geltendem Europarecht und muss sagen, wie das personell gestemmt werden soll. Allein hierfür bräuchte es 10.000 neue Stellen bei der Bundespolizei, oder sie werden an anderen Orten wie Flughäfen und Bahnhöfen abgezogen und stehen dort zur Gefahrenabwehr nicht mehr zur Verfügung. Darauf haben die Kolleg:innen von der Gewerkschaft der Polizei hingewiesen.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die DGB-Gewerkschaften haben viele Mitglieder mit Migrationshintergrund, darunter auch viele Geflüchtete. Gemeinsam setzen wir uns Tag für Tag in den Betrieben, Dienststellen und Bildungseinrichtungen für gute Arbeitsbedingungen, Vielfalt und Demokratie ein.

WIR LASSEN UNS NICHT SPALTEN. WIR STEHEN ZUSAMMEN FÜR DEMOKRATIE!

Gemeinsame Erklärung aller DGB-Gewerkschaften 31.01.2025

„Zukunftsbranche“ Leiharbeit?!

**Von der Normalisierung prekärer
Beschäftigung durch
Arbeitnehmerüberlassung**

**Dienstag, 13. Mai 2025, 19.00 Uhr
Rüsselsheim, Haus der Kirche
Marktstraße 11**

Was zur Abdeckung von Auftragsspitzen konzipiert wurde, gehört branchenübergreifend zum festen Geschäftsmodell. Leidtragende sind die dort Beschäftigten. Kritisch beleuchten wir das „System“ Leiharbeit und dessen Folgen.

Referent: PD Dr. Alexander Gallas, Privatdozent für Politikwissenschaft, Globale Ökonomie der Arbeit, Universität Kassel

Einführung/Moderation: Ingrid Reidt, Betriebsseelsorgerin

Veranstalter: Kath. Betriebsseelsorge Südhessen/Rhein mit dem Bündnis für soziale Gerechtigkeit Rüsselsheim, DGB Ortsverband Rüsselsheim, DGB Kreisverband Groß-Gerau